

Verteilungsgerechtigkeit

statt

Wachstum

Ein Aufruf zur Kampagne

Von

Christian Eldagsen

Vorwort

Vor Kurzem, im Januar 2023, war ich auf der Großdemo in Lützerath. Einmal mehr ist mir dabei etwas sehr deutlich geworden: Das Argument, dass die Ausbeutung der Braunkohle unter Lützerath für die Energieversorgung der Bevölkerung alternativlos sei, ist genauso verlogen und vorgeschoben wie das Argument, die industrielle Landwirtschaft sei für die Ernährungssicherheit der Weltbevölkerung alternativlos. In beiden Fällen, wie auch in den meisten anderen Bereichen der Produktion von Waren und Dienstleistungen, geht es in erster Linie um eines: Die unverhältnismäßige Bereicherung Weniger zulasten sozialer Gerechtigkeit und auf dem Rücken von Umwelt und Klimaschutz. Einhergehend mit der Erpressung über die Arbeitsplätze und abgesichert über die Eigentumsordnung. In Deutschland geregelt über die Artikel 14 und 15 im Grundgesetz und über § 903 im Bürgerlichen Gesetzbuch.

Immer mehr Menschen leiden unter der immer offensichtlicher zutage tretenden globalen Umwelt- und Klimakatastrophe. Sie empfinden eine Ohnmacht, weil sie das Gefühl haben, dagegen nichts oder zu wenig tun zu können. Menschen, die die Welt verändern wollen hin zu einer sozial gerechteren, friedlicheren und umwelt-/klimaschonenden Welt jenseits neoliberaler Dogmen oder gar rechtspopulistischer Parolen, haben es nicht leicht. Unser Zusammenleben und unser globales Wirtschaftssystem, der Kapitalismus, sind komplex und zum Teil abstrakt. Wir, die Vielen, also große Teile der Zivilgesellschaften, können uns nicht zwanzig Seiten Text auf unsere „Fahne“ schreiben, sollte es denn eine geben, unter der wir uns versammeln könnten. Die Informationen gehen unter und wir erreichen damit zu wenige Menschen. Die Kampagne *Verteilungsgerechtigkeit statt Wachstum* erfüllt meiner Meinung nach wichtige Voraussetzungen dafür, niedrigschwellig viele Menschen erreichen und mobilisieren zu können.

- Ein griffiges Motto mit Substanz auf einer „Fahne“, die viele Menschen hinter sich vereint
- Ein stabiler Unterbau, der dieses Motto plausibel macht und es standhalten lässt gegen eine neoliberale Deutungshoheit und gleichzeitig den rechtspopulistischen Bewegungen und Parolen eine andere und klare Haltung entgegensetzt
- Eine klar formulierte Perspektive: die Eigentumsfrage aus der Schublade der Ideologen herauszuholen und sie in die Mitte der Gesellschaft zu bekommen, um eine existenziell notwendige Schrumpfung der Wirtschaft mit Verteilungsgerechtigkeit begleiten zu können
- Die Kampagne bietet einen wichtigen Hebel dafür, Zusammenhänge sichtbar zu machen und damit klare Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen

Dieser Begleittext soll das Bewusstsein dafür wecken, dass es keines Studiums braucht, um der neoliberalen/kapitalistischen Deutungshoheit selbstbewusst und mutig entgegenzutreten.

Verteilungsgerechtigkeit statt Wachstum: Das *Eine* ist der Weg, das *Andere* zu überwinden. Genauer: Die Verteilungsgerechtigkeit kann die Befreiung aus dem Wachstumsregime ermöglichen. Weil das Motto beides vereint wie meiner Meinung nach nichts sonst in *einer* Parole: soziale Gerechtigkeit und die Versöhnung mit der Natur mit nachhaltiger Produktionsweise durch die Überwindung des Wachstumszwangs.

Wachstum

Wachstum – das ist der kapitalistische Imperativ. Wachstum und freier Wettbewerb. Kapitalismus ist ohne permanentes Wachstum nicht denkbar. In einer deregulierten Wettbewerbswelt hält der sich am Markt, der am billigsten produzieren kann. Am billigsten produzieren kann der, der am meisten und in Masse produziert. Durch den Wettbewerb sind die Unternehmen genötigt, Investitionen und Innovationen zu schaffen. Gleichzeitig streben große Unternehmen eine Monopolstellung an, wodurch Wettbewerb und Konkurrenz verringert, wenn nicht sogar ausgeschaltet werden. Wer nicht wächst, wird verdrängt. Die Unternehmen brauchen die Gewinne, um investieren und weiter wachsen zu können, um sich weiter am Markt zu halten. Gerade kleinere und mittelgroße Betriebe geraten dabei immer mehr unter Druck. Wer investiert, braucht Kredite, muss Gewinne erwirtschaften, um die Kredite bedienen zu können, und braucht noch mehr Geld und Wachstum, um die Zinsen zu bezahlen. Auf der einen Seite verstehen immer mehr Menschen, dass permanentes Wachstum auf einem begrenzten Planeten nicht möglich ist und zu einer Katastrophe führen *muss* mit der Vernichtung unserer Lebensgrundlagen. Auf der anderen Seite gibt es eine riesige *Diskrepanz* zwischen dem *Erkennen* und dem *Handeln*, das sich daraus doch ergeben sollte. Der Widerstand gegen den Kapitalismus und seinen Imperativ Wachstum ist erstaunlich zaghaft angesichts der sich verschärfenden, wachstumsbedingten Umwelt- und Klimakatastrophe. Dazu später mehr. Wachstum setzt eines voraus: Kapitalakkumulation – also Kapitalvermehrung. Das Leben und die Produktionsweise sind mehr oder weniger weltweit der Kapitalakkumulation unterworfen. Die Politik schafft die Bedingungen, Kapital zu reinvestieren und so zu vermehren, zulasten sozialer Gerechtigkeit sowie von Umwelt und Klima.

Ich möchte hier ein paar Beispiele nennen für nationale und internationale politische Hebel, die Kapitalakkumulation ermöglichen oder begünstigen.

Deregulierung – Privatisierung – Flexibilisierung – Freihandel

Privatisierung/Teilprivatisierung der Renten

In Deutschland und anderswo war sie Teil einer beispiellosen Umverteilung von unten nach oben. Die Renten, die in den 1970er Jahren in Deutschland bei ca. 75 % des Bruttolohnes lagen, sind schrittweise auf heute ca. 48 % des Nettolohnes abgesenkt worden. Unter Kanzler Gerhard Schröder wurde die Rentenpolitik, die bis dahin dem Arbeitsministerium angegliedert war, dem Finanzministerium unterstellt und so zum Einfallstor der Finanzlobby. Mit dem stetig wiederholten Mantra „Demografiewandel macht Rentenkürzungen alternativlos“ wurden die Renten immer weiter gekürzt. Die niedrigeren Renten sollten nun angeblich durch die Produkte der privaten Alterssicherung kompensiert werden. Ein Riesengeschäft für Allianz, Deutsche Bank, AWD (Karsten Maschmeyer ist mit den Produkten der privaten Alterssicherung zum Milliardär geworden) und Co. Also Kapitalakkumulation durch Rentenkürzungen. Es konnten aber nur Menschen mit höheren und hohen Einkommen auf dem entstehenden *Wohlfahrtsmarkt* sich ihre Lebensstandardsicherung erkaufen. Menschen mit niedrigen Einkommen landeten und landen in der Altersarmut, also auf Grundsicherung, weil sie sich keine kapitalgedeckte Rentenversicherung leisten können. Das Bruttoinlandsprodukt ist in Deutschland in den letzten 30 Jahren um ca. 40 % gewachsen. Bei einer paritätischen Aufteilung dieses Zuwachses, einer Erwerbstätigenversicherung für alle und der Verbeitragung von Kapitaleinkommen, also einem System der Verteilungsgerechtigkeit, wäre eine armutsfeste Rente kein Problem. Damit wird die Behauptung „Demografiewandel macht Rentenkürzungen alternativlos“ als interessengeleitet und falsch entlarvt. Die Erwartungen/Versprechen der „Riesterrente“ sind nicht eingetreten. Die Rentenkürzungen blieben.

[Quelle: *Christoph Butterwegge: Armut im Alter*]

Einführung der Fallpauschalen im Gesundheitssektor

Die Unternehmensberatung *McKinsey* durfte im Auftrag der Bundesregierung ab 2003 „ganze Arbeit“ leisten. Die Einführung der DRGs (Diagnosis Related Groups) war die Unterwerfung des Gesundheitswesens und der Pflegeeinrichtungen unter das Kosten-Nutzen-Kalkül mit Gewinnerwartungen privater Investoren. Die Kommerzialisierung der Krankenhäuser, die bis dahin vom Gedanken der Empathie und Fürsorge getragen und nach dem Selbstkostenprinzip finanziert wurden, führte zum Übergang auf das Gewinnmaximierungsprinzip. Auch hier können sich wohlhabende Privatpatienten auf dem *Wohlfahrtsmarkt* Gesundheitsleistungen erster Klasse erkaufen. Private Klinikbetreiber streben nach Gewinnmaximierung auf dem Rücken der Patienten und Pflegekräfte sowie der Solidarversicherung. Also Kapitalakkumulation durch Privatisierung zulasten der Allgemeinheit.

Schuldenbremse und Austeritätspolitik

Die Schuldenbremse ist in Deutschland seit 2011 in Kraft und eine verfassungsrechtliche Regelung für Bund und Länder. Die sie begleitende Rhetorik: „Wir handeln aus Verantwortung für nachfolgende Generationen, um ihnen nicht zu viele Schulden aufzubürden“, oder: „Du sollst nicht mehr Geld ausgeben, als du hast“ (Haushaltsanalogie der berühmten „schwäbischen Hausfrau“). Staaten funktionieren aber nicht wie private Haushalte. Kritiker bezeichnen die Schuldenbremse als einen klassischen Hebel neoliberaler Austeritäts- bzw. Ausgabenkürzungspolitik. Sie drängt den Staat weiter aus dem Wirtschaftsgeschehen heraus und erhöht den Privatisierungsdruck. Staaten sollten aber zentrale Träger politischer Handlungskompetenz sein, wenn es um gesamtwirtschaftliche Fragen geht. Die Möglichkeit, rechtzeitig und mutig als Staat in das Wirtschaftsgeschehen einzugreifen, wird mit der Schuldenbremse stark reduziert. Öffentliche Investitionen können zum Beispiel durch Schulden finanziert werden und bilden einen konkreten Gegenwert. Zum Beispiel Investitionen in soziale Infrastruktur wie Bildung, ein Ausbau des Schienennetzes für Menschen und Güter, Investitionen in Umwelt- und Klimaschutz und den ökologischen Umbau, von denen nachfolgende Generationen profitieren. Diese existenziell wichtigen Investitionen in soziale und ökologische Belange können auch ermöglicht werden über höhere Spitzensteuersätze, Erbschafts- und Vermögenssteuer oder Kapitalertragssteuern. Also durch mehr Verteilungsgerechtigkeit. In einer Welt von Schuldenbremse und Austeritätspolitik, einhergehend mit Verteilungsungerechtigkeit, werden existenziell wichtige Investitionen weitgehend dem privaten Sektor überlassen. Damit wird Umwelt- und Klimaschutz zum „Geschäftsmodell“ mit Greenwashingkampagnen als Marketinggag. Also weniger Staat, mehr Markt und damit Kapitalvermehrung.

Deregulierung auf dem Wohnungsmarkt

Die Mieterinnen und Mieter in Deutschland und anderswo sind einem weitgehend deregulierten Wohnungsmarkt ausgeliefert. Auf dem Immobilienmarkt sind hohe Renditen möglich. Immobilien bieten eine willkommene Möglichkeit, Kapital auf dem Rücken der Mieterinnen und Mieter zu reinvestieren und zu vermehren.

GAP – die gemeinsame Agrarpolitik der EU

Die europäische Agrarreform legte fest, dass europäische Bauern ab 2023 an Programmen zum Umweltschutz (Eco-Schemes) teilnehmen sollen für einen umweltbewussten Umgang mit Pestiziden für eine nachhaltigere Landwirtschaft. Aber: Die Teilnahme ist freiwillig. Es gibt keine Informationen darüber, wie ökologisch die Eco-Schemes sind. Die Staaten können die Programme weitgehend selbst gestalten. Die Subventionen sind nach wie vor ausschließlich an die Fläche/Größe der Höfe gekoppelt. Der Grad der Umwelt- und Klimabelastung ist weiterhin irrelevant. Die große, industri-

elle Land- und Viehwirtschaft wird gefördert und so immer mehr zum Renditeobjekt, um Kapital anzulegen und zu vermehren.

Der Energiecharta-Vertrag (ECT)

Er schafft Sonderklagerechte für europäische Konzerne der Energiewirtschaft und gibt ihnen einen Hebel dafür, ihre Interessen gegen den Schutz von Gesundheit, Klima und Umwelt durchzusetzen. Diese Sonderrechte können sie vor internationalen Schiedsgerichten einklagen, wenn ihre Gewinnerwartungen durch zum Beispiel geplante Umweltauflagen nicht erfüllt werden. Aufgrund einer „Zombieklausel“ können Vertragsstaaten erst nach Jahrzehnten aus dem Vertrag aussteigen. Nicht zuletzt infolge des unermüdlichen Einsatzes von NGOs wie *Netzwerk Gerechter Welthandel*, *Campact*, der Klimabewegung und kritischer Wissenschaft hat Deutschland angekündigt, aus dem ECT auszusteigen.

CETA

Das Freihandelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada stellt Investitionsschutz und Gewinnmaximierung über Nachhaltigkeitsziele und damit Kapitalakkumulation über Umwelt- und Klimaschutz. Liberalisierungsverpflichtungen und Vereinbarungen zum zollfreien Handel mit fossilen Brennstoffen werden durch Sanktionsmöglichkeiten geschützt. Bei der vollständigen Ratifizierung von CETA hätten Konzerne Sonderklagerechte, wenn sie ihre Gewinnerwartungen durch neue Gesetze, etwa zum Ausstieg aus fossilen Energien oder zum Anheben sozialer Standards, gefährdet sehen. Die Sonderklagerechte wären noch 20 Jahre nach ihrer Kündigung wirksam. Extrem klimabelastender kanadischer Teersand oder methanhaltiges Flüssigerdgas (LNG) gelangen in noch größeren Mengen nach Europa. Die Ampelkoalition in Deutschland hat die CETA-Ratifizierung durch den Bundesrat gepeitscht.

[Quelle: *Netzwerk Gerechter Welthandel*]

GATS

GATS – General Agreement on Trade in Services/Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen: Es trat 1995 unter der Führung der WTO (Welthandelsorganisation) in Kraft. GATS strebte die Privatisierung und Liberalisierung in 150 Dienstleistungsbranchen an, unter anderem Energie, Wasser, Strom, Gas, Transportwesen, Bildung, Altenpflege, Jugendhilfe. Die Zivilgesellschaften waren in die Verhandlungen nicht eingebunden. Die Verhandlungen erfolgten geheim und die Ergebnisse wurden im völkerrechtlich verbindlichen Abkommen festgeschrieben. Bis 2016 konnte bei der Überarbeitung und Fortschreibung von GATS keine Einigung erzielt werden und die Verhandlungen ruhen seitdem. In erster Linie die EU und die USA forcierten seitdem den Abschluss von verschiedenen anderen Freihandelsverträgen. Ob mit GATS oder seinen diversen Nachfolgern: Das Prinzip ist weltweit eine schrittweise Privatisierung nahezu aller Bereiche des Gemeinwohls. Aus Dienst am Menschen wird Dienst und Kapitalakkumulation für Reiche. Die Ausgrenzung von Millionen von Menschen, die hemmungslose Ausbeutung der Ressourcen vor allem in den Entwicklungsländern, die Privatisierung und Ausbeutung traditionellen Wissens.

[Quellen: *AG Friedensforschung: GATS – ein unmoralisches Abkommen?; Attac Hamburg*]

Mercosur-Freihandelsabkommen

Das Abkommen zwischen der EU und den Mercosur-Ländern Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay wäre bei Ratifizierung eine starke Verschärfung der Umwelt- und Klimaprobleme. Infolge

systematischer Zollsenkungen und der Abschaffung der Exportsteuern würde die Nachfrage in Europa zum Beispiel nach Bioethanol, Sojaprodukten, Rindfleisch, aber auch Eisen, Aluminium, Stahl, Lithium, Kupfer, Blei oder Grafit rapide ansteigen und damit einhergehend würden die Vernichtung des Regenwaldes und die Vertreibung/Vernichtung indigener Bevölkerungsgruppen massiv zunehmen. Konzerne und Großinvestoren aus Europa, die in den Mercosur-Ländern in fossile Rohstoffe investieren wollen, werden über Investitionsschutzabkommen abgesichert. Sie können ihren Rohstoffhunger über internationale Schiedsgerichte durchsetzen. Im Gegenzug dienen die südamerikanischen Länder als Absatzmarkt für europäische Klimakiller auf vier Rädern. Als Feigenblatt dienen Nachhaltigkeits- und Menschenrechtsklauseln, die mit so hohen Hürden versehen sind, dass sie als Instrument völlig unwirksam sind. Die postkoloniale Rollenteilung zwischen lateinamerikanischen Rohstoffexporteuren und europäischen Produzenten von Industrieprodukten würde einmal mehr zementiert.

[Quelle: *Risiken für Klimaschutz und Menschenrechte – eine Studie über das Abkommen im Auftrag von Misereor/Greenpeace/Dreikönigsaktion*]

Fracking

Vaca Muerta in Argentinien war einst ein großes Obstanbaugebiet. Viele tausend Menschen hatten dadurch ihr Auskommen. Mittlerweile ist das Grundwasser dort durch das Fracking von Ölschieferreserven komplett verseucht. Der Obstanbau existiert fast nicht mehr. 5000 Menschen haben ihren Job verloren. Wer es sich leisten kann, kauft nur noch Flaschenwasser. Die Krebsraten gehen durch die Decke. Das Frackinggebiet soll noch ausgebaut werden. Im Januar 2023, kurz bevor ich das hier schrieb, war unser Bundeskanzler Olaf Scholz zusammen mit dem Chef von Wintershall DEA, einem der großen Öl- und Gasproduzenten, aus diesem Grund vor Ort. Selbstverständlich weiß der Bundeskanzler von dieser Katastrophe. Aber beim Festhalten an einer deregulierten Wettbewerbswelt und der sie begleitenden Verteilungsungerechtigkeit möchte man das wohl als alternativlos bezeichnen.

[Quelle: *Interview mit Carola Rackete in der taz*]

Die Politik des IWF (Internationaler Währungsfonds)

Der IWF ist eine sehr mächtige Organisation, über deren Gründung 1944 die damaligen Siegermächte ihre Interessen bündelten. Der IWF vergibt Kredite an Länder. Der Einfluss der 189 Mitgliedsländer entspricht ihren Kapitalanteilen. Die USA besitzen 16,52 % der gesamten Kapitalanteile und damit die größte Macht, weil es für Entscheidungen eine 85-prozentige Mehrheit braucht und somit ohne die Zustimmung der USA nichts beschlossen werden kann. Die weitaus größten Kapitalanteile befinden sich im globalen Norden, also in Europa und den USA. Er bestimmt die Politik des IWF. Die Kreditnehmenden Länder haben die Wahl zwischen Pest und Cholera. Denn nehmen sie einen Kredit an, müssen sie sich einem Strukturanpassungsprogramm unterwerfen.

Die vier Säulen des IWF Strukturanpassungsprogramms:

1. Liberalisierung: Märkte öffnen für das Ausland. Heißt für Konzerne der Industrieländer
2. Deregulierung: Bahn frei machen mit Gesetzen zur Investitionsliberalisierung
3. Privatisierung: zum Beispiel bei Wasser und Strom
4. Stabilisierung: Absicherung der Maßnahmen

Die westlichen Industrieländer haben jetzt freie Hand. Bildung, Infrastruktur, Gesundheit, Alterssicherung, Umweltschutz, Klimaschutz: nicht wichtig oder nur in Sonntagsreden wichtig. Gerade

Länder des globalen Südens begeben sich in eine immer größere Abhängigkeit vom globalen Norden. Durch Kredite sind sie gezwungen, sich dem Strukturanpassungsprogramm zu unterwerfen und ausländische Konkurrenz ins Land zu lassen. Inländische Produzenten sind nicht mehr wettbewerbsfähig. Also noch mehr Abhängigkeit, noch mehr Zerstörung von Arbeitsplätzen, noch mehr Schulden – ein Teufelskreis.

Der IWF dient den Interessen des Großkapitals und damit der Kapitalakkumulation.

Weitere Beispiele zum Schaden für Umwelt und Klima (in Deutschland)

- Das permanente Ausbaggern der Elbe zwischen Hamburg und Cuxhaven für *mehr* Handel, *mehr* Waren per Containerumschlag
- Die geplante Vertiefung der Elbfahrrinne zwischen Dömitz und Hitzacker, durch das „Biosphärenreservat Niedersächsische Elbtalau“, für *mehr* Warenverkehr per Binnenschifffahrt aus Tschechien, mit schwerwiegenden Folgen für das Ökosystem Elbe
- Die Werra: die größte Kloake Mitteleuropas! Kali und Salz (K+S) verklappt die Abfallprodukte bei der Produktion von Kalidünger in der Werra und darf dies seit vielen Jahren tun, was eine Katastrophe für das dortige Ökosystem mit damit einhergehendem Artensterben ist. *Wirksame* Maßnahmen sind teuer, schmälern das Wachstum und die Rendite. K+S wäre dann ja nicht mehr wettbewerbsfähig und müsste den Produktionsstandort Deutschland verlassen.

Grünes Wachstum (?)

„Wachstum ist keine Option, denn eine absolute Entkoppelung von Wachstum und Ressourcenverbrauch hat sich historisch als unmöglich erwiesen.“ (Dr. Friederike Habermann, Politik- und Wirtschaftswissenschaftlerin, Historikerin)

Auch *grünes Wachstum* setzt Ressourcenverbrauch voraus. Es ist wichtig, die Energie, die wir brauchen, aus erneuerbare Quellen zu gewinnen. Entscheidend ist, *wie viel* Energie wir brauchen. Hier ein paar Beispiele:

Elektromobilität

Die Ampelkoalition strebt in ihrem Koalitionsvertrag an, dass bis 2030 15 Millionen (!) Elektroautos in Deutschland zugelassen sein sollen. Eisen, Stahl, Aluminium, Kupfer, Blei und Rindsleder (Autositze) für die Produktion von Verbrennern *und* Elektroautos. Lithium, Kobalt, Graphit und Nickel darüber hinaus für Elektroautos. Also eine weitere massive Ausbeutung der Ressourcen mit katastrophalen Folgen für Umwelt und Klima. Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay (noch nicht ratifiziert) soll dafür sorgen, dass die Rohstoffe aus dem globalen Süden (auch) für die Elektroautoproduktion noch rücksichtsloser und massiver ausgebeutet werden können. Man muss ja schließlich wachsen.

Windräder

Windräder können sicherlich eine gute Ergänzung zur Stromerzeugung sein, wenn sie den Energieverbrauch mit abdecken, der bei einer *nachhaltigen* und *wachstumsbefreiten* Produktionsweise benötigt wird. Als bloßer Ersatz für fossile Energieträger, damit weiterhin im kapitalistischen Wachstumsmodus produziert werden kann, sind auch sie natürlich keine gute Alternative. Wenn ein Windrad im Wald aufgebaut wird, werden dafür zwei bis vier Hektar Wald vernichtet. Der Energiebedarf in Deutschland ist so hoch, dass die Flächen dafür gar nicht reichen und bereits in Portugal und Spanien geplant ist, Windräder für den Energiebedarf in Deutschland zu bauen.

Andere grüne Energieträger

Wenn BASF, Baysanto und Co. bei der Produktion umwelt- und klimaschädlicher Produkte, wie zum Beispiel Pestizide oder Glyphosat, grüne Energieträger einsetzen und die Rohstoffe ausbeuten, bleibt es bei einer Form des Greenwashings. Seien die Produkte nun mit Hilfe von Windkraft, grünem Wasserstoff, Sonnenenergie oder was auch immer hergestellt.

Verteilungs(un)gerechtigkeit

Eine Handvoll Menschen vereinigt in etwa so viel Vermögen bei sich wie die ärmere Hälfte der gesamten Bevölkerung – also ca. vier Milliarden Menschen. Bei den derzeitigen Kräfteverhältnissen, der derzeitigen Verteilungsungerechtigkeit und der derzeitigen Eigentumsordnung bezüglich der Produktionsmittel bedeutet eine Schrumpfung der Wirtschaft soziale Verwerfungen und Massenarbeitslosigkeit. *Das ist der Grund, warum der Widerstand gegen das Wachstum so zaghaft ist!*

Wer bestimmt über die Arbeitsplätze

Die Konzerne und familiengeführten Großunternehmen bestimmen direkt und indirekt über ein Gros der Arbeitsplätze! Salopp gesagt bedeutet es: „Wenn ihr euch nicht fügt, wenn wir nicht mehr wachsen können, verliert ihr eure Arbeitsplätze.“

Die Abdeckung der Grundbedürfnisse

Was braucht jeder Mensch für ein gutes Leben, was ist wirklich wichtig?

- Saubere Luft zum Atmen (nachhaltige Produktionsweise)
- Gesunde Ernährung (biologische Landwirtschaft)
- Zugang zu guter Bildung
- Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben
- Ein gutes Gesundheitssystem
- Bezahlbarer und menschenwürdiger Wohnraum
- Genug Zeit für die eigenen Kinder und soziale Kontakte
- Ein bedingungsloses Jobangebot (Umverteilung und Umorganisation von Arbeit, die Überwindung des Privateigentums an den Produktionsmitteln))

Konzernmacht/Investorenmacht

Die Konzerne setzen in ihrer Vernetzung mit der Hochfinanz die Maßstäbe in Sachen Umwelt- und Klimaschutz*vermeidung*. *Sie* verhindern den wirksamen Schutz der Menschenrechte entlang der Lieferketten. *Sie* entsenden ihre Lobbyisten zu den Klimakonferenzen (636 LobbyistInnen von Öl, Kohle und Gas waren bei der letzten Klimakonferenz in Sharm El Sheikh mit von der Partie). *Sie* finanzieren neoliberale Forschungseinrichtungen und Institute. In Deutschland zum Beispiel IFW, die Stiftung Marktwirtschaft und die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (von Arbeitgeberverbänden finanziert). *Sie* wirken an einer abstrakten, indirekten und verdeckten Form der politischen Steuerung, die für eine breite Öffentlichkeit kaum zu fassen ist. *Sie* schreiben sich ihre Freihandelsverträge selbst, zur totalen Entfesselung des Markts, und lassen sie von der Politik absegnen. Siehe GATS, TRIPS (Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights), NAFTA, CETA, Mercosur-Freihandelsabkommen (noch nicht ratifiziert). *Sie* haben weltweit quasi eine schleichende Enteignung begonnen: Es ist die Enteignung bei der öffentlichen Daseinsvorsorge

sowie bei überlebenswichtigen Waren und Dienstleistungen, zum Beispiel Energie- und Wasserversorgung, Bildung, Mobilität, Alters- und Krankenversorgung für *alle* Menschen, unabhängig vom Portemonnaie und jenseits eines Kosten-Nutzen-Diktats. *Sie* führen die Volkswirtschaften der Entwicklungsländer in Abhängigkeiten. *Sie* bestimmen die Deutungshoheit. In Deutschland sitzen zum Beispiel viele große Konzerne in den Gremien von Stiftungen wie der *Bertelsmann Stiftung* oder der *Holtzbrinck Stiftung* (siehe auch *Lobbypedia: Bertelsmann Stiftung*). *Sie* sitzen an den Schlüsselstellen der politischen Entscheidungsprozesse. In Deutschland zum Beispiel Baysanto und BASF im Gremium des *Bundesamtes für Risikobewertung* (BfR). (Das ist zum Beispiel der Grund, warum das Ackergift *Glyphosat* immer noch in Europa eingesetzt werden darf.) *Sie* besetzen mit ihren LobbyistInnen die Gremien der europäischen Lebensmittelbehörde EFSA. *Sie* – die 100 größten Konzerne der Welt – sind für 70 % der globalen CO₂-Emissionen seit 1988 verantwortlich. Hinzu kommt der gewaltige Einfluss großer, internationaler Finanzinvestoren wie zum Beispiel Vanguard oder BlackRock. BlackRock ist eine Schattenbank, die Vermögenswerte von ca. zehn Billionen Dollar verwaltet und in engem Kontakt zum Beispiel zur EZB (Europäische Zentralbank) steht. Allein in den USA sind BlackRock, Vanguard und State Street zusammengezählt bei 1662 Firmen größte Anteilseigner. Dies entspricht einem Marktkapital von über 17 Billionen Dollar. An diesen Firmen hängen mehr als 23,5 Millionen Arbeitsplätze! BlackRock ist zudem an allen deutschen DAX-Unternehmen als Großaktionär beteiligt, bei acht der 30 DAX-Unternehmen sogar größter Anteilseigner. Dazu gehören zum Beispiel Bayer, BASF, Allianz und E.ON. 2020 wurde BlackRock offizieller Berater für Nachhaltigkeit im Rahmen der *Sustainable Finance Strategy* der EU. Dadurch hat das Unternehmen direkten Zugang zur EU-Gesetzgebung. Durch direkte Beratung der EZB auf vielen Ebenen gewinnt BlackRock wichtige Informationen für eigene Anlagestrategien. In den letzten Jahren gab es viele Treffen großer Banken mit Vertretern der EZB, kurz bevor wichtige Entscheidungen der EZB getroffen wurden. Die „BIG FOUR“ der Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und Unternehmensberatungen PWC, KPMG, Deloitte und Ernst & Young sind bestens mit wichtigen Entscheidungsträgern auf EU-Ebene vernetzt und beratend bei der EU-Kommission tätig. *Sie* beraten gleichzeitig die meisten transnationalen Konzerne in Sachen Steuerermeidung.

[Quellen: *Christoph Butterwegge: Kritik des Neoliberalismus; Lobbypedia; siehe auch die Studie des BUND „Inside Job“ zum neuen EU-Lieferkettengesetz*]

Hebel gegen Konzernmacht und Investoren

In Deutschland schützt Artikel 14 Grundgesetz das Privateigentum und damit auch das Eigentum an den Produktionsmitteln. Nach § 903 BGB darf der Eigentümer „mit ihr nach Belieben damit verfahren und andere von jeder Wirkung ausschließen.“

Es gibt zwar auch Artikel 15 im Grundgesetz, der besagt: „Grund und Boden, Natur, Produktionsmittel zum Zwecke der Vergesellschaftung darf in Gemeineigentum oder ähnliche Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden“. Aber seit das Grundgesetz existiert, also seit 1949, ist er noch nie! angewandt worden. Bei den jetzigen Kräfteverhältnissen ist nicht davon auszugehen, dass sich das in absehbarer Zeit ändert. Im Gegenteil: Die FDP arbeitet zusammen mit mächtigen Lobby-Organisationen wie dem einflussreichen Verband der Familienunternehmer oder Arbeitgeberverbänden daran, Artikel 15 ersatzlos zu streichen. Die Auslegung und Anwendung von Artikel 14 und 15 sollte Teil der gesellschaftlichen Auseinandersetzung sein. Durch den Braunkohlebergbau von RWE sind in den letzten 100 Jahren ca. 3000 Menschen enteignet worden. Aktuell sind in Deutschland ca 200 Enteignungsverfahren wegen des Straßenbaus anhängig. Enteignungen laufen also wenn überhaupt zugunsten großer und mächtiger Unternehmen und Konzerne. So lange das Privateigentum an den Produktionsmitteln unantastbar bleibt, wird es keinen wirksamen Hebel gegen Konzernmacht geben. Deshalb finde ich es wichtig, die Eigentumsfrage (Privateigentum an den Produktionsmitteln) aus der Schublade der Ideologen heraus und in die Mitte der Gesellschaft zu tragen.

Die Wege zu einer Welt ohne Wachstum und ihre Perspektiven

Die Staaten werden schon handeln

Die allermeisten Staaten sind Teil des globalen kapitalistischen Systems. Sie denken, handeln und argumentieren aus der Perspektive dieses Wirtschaftssystems heraus! Schließlich brauchen die Staaten eine florierende Wirtschaft, um Steuereinnahmen zu generieren. Krisen werden mit noch mehr Kapitalakkumulation beantwortet. Das ist die Logik dieses Systems. Ich finde es wichtig, sich nicht zu frustrieren und zu erschöpfen, indem man zu viele Hoffnungen auf die derzeitigen Regierungen setzt. Hoffnungen, die dann immer wieder enttäuscht werden. Auch die nächsten Klimakonferenzen werden keine wirksamen Ergebnisse liefern! Von daher bedeutet der Weg zu einer gerechteren und umweltschonenden Welt mehr Mut, mehr Engagement, mehr Selbstbewusstsein und mehr Beteiligung und Einmischung von uns Vielen, also den Zivilgesellschaften. Dafür braucht es radikale Alternativen, denn wir können nicht passiv abwarten und darauf hoffen, dass die Regierungen es schon irgendwie irgendwann regeln.

Viele gute Wege führen gemeinsam nach Rom

Es sollte klar sein, dass die undemokratische Kommandowirtschaft des gewesenen Sozialismus nicht als Vorbild für die Gestaltung der Zukunft dienen kann! Es gibt kluge Konzepte für eine gerechtere und naturschonende Welt. Ich finde es wichtig, dass sich diese Konzepte nicht in einem Wettbewerb gegenüberstehen und zu weiterer Spaltung führen, sondern sich ergänzen und miteinander vernetzen. Denn die einen Wege sollten die anderen Wege nicht ausschließen. Ein starres und dogmatisches Festhalten an der *einen* Lösung darf es nicht geben. Ich möchte mich an dieser Stelle auf die politisch/emanzipatorischen Konzepte beschränken, da ich dort den wichtigsten Hebel für Veränderungen sehe und versuche es stark zusammengefasst nach bestem Wissen und Gewissen wieder zu geben.

Die kooperative Ökonomie nach Sabine Nuss

Soziale Enteignung/ Aneignung von Natur und Arbeitskraft als Produktionsmittel

Die Politikwissenschaftlerin Sabine Nuss schildert die Entstehung der modernen Privateigentumsordnung, die im kollektiven Bewusstsein der Menschen nicht vorhanden und nahezu komplett vergessen ist:

Bis weit ins 17. Jahrhundert hinein gab es die weit verbreitete Vorstellung, dass Gott die Erde *allen* Menschen gegeben hätte, um sich Nahrung und Rohstoffe zum Überleben zu sichern. Erst die von England ausgehende soziale Enteignung ab Ende des 16. Jahrhunderts schaffte die Voraussetzung für die kapitalistische Produktionsweise. Gemeint ist die Vertreibung vieler Menschen von Grund und Boden, die Aufhebung ihres Nutzungs- und Gewohnheitsrechts als unmittelbare Produzenten. Die Feudalherren eigneten sich die Natur als Produktionsmittel an. Die Bauern waren nun dem strukturellen Zwang ausgesetzt, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Damals ihren Feudalherren, später als Lumpenproletariat in den entstehenden Fabriken. Es war der Beginn der kapitalistischen Produktionsweise durch die Verwandlung von Boden und Arbeitskraft in Ware. Die exklusive Verfügungsmacht über die Produktionsmittel Natur und Arbeitskraft in den Händen einer kleinen Minderheit. Dieses Prinzip der „modernen Privateigentumsordnung“, entstanden durch Mord, Vertreibung, Unterjochung und Kolonisierung, hat bis heute Bestand. Eine kleine Minderheit entscheidet, *was* und *wie* produziert wird. Sie befindet sich in internationaler Konkurrenz miteinander. Wer da nicht wächst, wer sein Kapital nicht akkumuliert, der muss weichen. Umwelt- und Klimaschutz, Menschenrechte entlang der Lieferketten, kommen dabei unter die Räder, denn sie behindern die Kapitalvermehrung und sind Handelshemmnisse. Beispiele dafür habe ich hinreichend benannt.

Sabine Nuss spricht vom „vergifteten Versprechen des Privateigentums“, denn nur die wenigsten verfügen über Privateigentum an den Produktionsmitteln. Der Wohlstand ist also extrem ungleich verteilt und das Wachstum führt in die ökologische Katastrophe.

Die kleine und die große Wiederaneignung

Wenn man dieser Argumentation folgt, dass die Aneignung von Boden und Arbeitskraft durch eine kleine Minderheit der Beginn der kapitalistischen Produktionsweise und letztlich einer der Hauptgründe für unsere sozialen und ökologischen Probleme ist, dann stellt sich die Frage der Wiederaneignung. Damit ist gemeint, dass eine Mehrheit sich die Produktionsmittel wiederaneignet und gemeinsam entscheidet, *was* und *wie* produziert wird. Die Produktionsweise wäre nicht mehr der Kapitalakkumulation unterworfen, sondern könnte sich an der Abdeckung der Grundbedürfnisse orientieren. Der Anreiz würde durch die demokratische Entscheidung über die Gewinnentnahmen ausgehandelt. Darüber hinaus ist beim Anreiz mitentscheidend, *wofür* sich jeder Einzelne einsetzt

Die große Wiederaneignung:

- die Perspektive der Überwindung des Privateigentums an den Produktionsmitteln
- die Aufhebung der sozialen Enteignung und Trennung der Menschen von ihren Produktionsmitteln
- neue organische Verbindung von Arbeitskraft, Natur und Produktionsmitteln
- Produktion und Konsum werden selbst organisiert und koordiniert, statt eines gegenüber der Natur blinden Mechanismus, wie es im Kapitalismus der Fall ist
- unmittelbare Produzenten nicht mehr als privat Arbeitende in Konkurrenz zueinander mit dem Ziel der Profitmaximierung, sondern als Arbeitende in Kooperation miteinander
- Ziel der Abdeckung der Grundbedürfnisse und guter Arbeitsbedingungen bei der Produktion

Die Kleine Wiederaneignung

- die schrittweise Entwicklung zu solidarisch kooperativen Gesellschaften
- das Erlernen von Praktiken, die auf Freiwilligkeit, Einsicht und Selbstwirksamkeit beruhen
- Offenheit, Selbstreflexion, ständige Korrekturen
- die Ausweitung lokaler Kooperativen
- eine Ausweitung gesellschaftlicher Produktion, die der Marktlogik entzogen werden kann
- die Erweiterung verschiedenster Unternehmensformen mit demokratischer Teilhabe als positive Bezugspunkte und Lernorte
- Erweiterung gesellschaftlicher Macht über Staat und Wirtschaft
- gesellschaftliche Aneignung, nicht staatliche Aneignung

Realpolitische Maßnahmen:

- die Streichung der Schuldenbremse, für mehr Raum zur Schaffung gesellschaftlichen Eigentums
- öffentliche Investitionen beim Wohnungsbau

Ergänzungen von mir:

- Steuergerechtigkeit/Vermögenssteuer
- Finanztransaktionssteuer
- Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Infrastruktur, Pflege, Gesundheit, Bildung dem Privatsektor wieder entziehen (*siehe auch GiB- Gemeinwohl in BürgerInnenhand*)

„Wenn es irgendeine gesellschaftliche Veränderung geben sollte, dann kann sie nur aus der Eigeninitiative jener herrühren, die davon betroffen sind. Auch die Transformation von Unternehmen in kooperierende Produktionseinheiten muss von den Beschäftigten in diesen Unternehmen wenigstens mitgetragen werden, besser aber noch von ihnen ausgehen. Die theoretischen Beiträge zur Debatte ersetzen nicht die Praxis, die auf Freiwilligkeit, Einsicht und Selbstwirksamkeit beruhen

sollte. Eine der wesentlichen Charaktereigenschaften von Privateigentum ist, dass die gesellschaftliche Produktion als *Private* durchgeführt wird, das heißt, die Produzierenden bewegen sich nicht in gesellschaftlicher Kooperation, sondern in Konkurrenz zueinander. Das zwingt sie dazu, ihre Preispolitik danach auszurichten, der Wettbewerb drängt dabei nach unten, weil die Menschen aufgrund begrenzter Kaufkraft immer zuerst Preisvergleiche anstellen. Insofern würde *Privateigentum vollständig überwinden* bedeuten, dass die Menschen sich nicht mehr in konkurrierenden sozialen Beziehungen zueinander verhalten, nicht mehr als „Private“ produzieren oder dienstleisten, sondern als gesellschaftlich Produzierende. Das ist solch ein radikaler Wandel, [...] dass darüber erst mal eine Debatte geführt und ein Bewusstsein geschaffen werden müsste.“ *Sabine Nuss*

[Quelle: *Sabine Nuss- Keine Enteignung ist auch keine Lösung-Karl Dietz Verlag, Interview Sabine Nuss in der woz*]

Ota Šik – Konzepte der humanen Wirtschaftsdemokratie

Teil der Konzepts ist die Transformation von Konzernen – nicht von kleinen Unternehmen – zu emanzipierten Mitarbeitergesellschaften (MAGs) mit einem humanen Produktionsprozess, der betriebliche Entfremdung durch konkrete materielle und immaterielle Partizipation (Beteiligung) abbaut. Das ist ein großer Unterschied zum gewesenen Sozialismus, denn ein Miteigentum am „Irgendwo“ einer Volkswirtschaft lässt keinerlei emotionale Bindungen und Verantwortungsgefühle bei den Menschen entstehen. Das Konzept sieht eine Demokratisierung der makroökonomischen Entscheidungsprozesse vor, durch eine sachgerechte, wissenschaftlich abgesicherte Erfassung dessen, was in nächster Zukunft produktiv möglich ist (das hieße in der heutigen Zeit mit starkem Fokus auf Umwelt- und Klimaverträglichkeit). Eine Volkswirtschaft, die von demokratisch legitimierten Interessen bestimmt ist.

[Quelle: *Egbert Scheunemann: Ota Šik – humane Wirtschaftsdemokratie*]

Niko Paech – Konzept der Postwachstumsökonomie

Auszüge aus dem Konzept in aller Kürze: die Widerstandsfähigkeit der Systeme durch Suffizienz (die Kunst des Weniger-Wollens), Subsistenz (selber machen, reparieren, weitgehend produktionslose Wertschöpfung). Die Reformierung der Schulsysteme unter Einschluss der Erlangung handwerklicher Fähigkeiten, Nutzungsteilung, Nutzungsdauerverlängerung, Erlangung von Kompetenzen, Güter länger zu erhalten, solidarische Landwirtschaft ...

[Quelle: *Niko Paech: Grundzüge einer Postwachstumsökonomie*]

Politische Emanzipation

Eine politisch emanzipierte Gesellschaft lässt sich nicht über die Arbeitsplätze erpressen! Eine politisch emanzipierte Gesellschaft unterwirft sich nicht einem Wachstumsregime! Der Kapitalismus sieht das Individuum in einer passiven Rolle gegenüber gesellschaftlichen Prozessen, wo wir die Spielregeln des Wettbewerbs für den Markt akzeptieren sollen. Die Frauenrechte haben sich nicht durch Passivität und Unterwerfung entwickelt, der Kapitalismus lässt sich nicht durch Passivität und Unterwerfung überwinden.

Fazit

Die deutliche Schrumpfung der Wirtschaft ist existenziell! Auch ein grünes Wachstum kann nicht von der Ausbeutung der Ressourcen entkoppelt werden. Für eine Schrumpfung der Wirtschaft braucht es deutlich mehr Verteilungsgerechtigkeit, auch um eine Umverteilung und Umorganisation von Arbeit ermöglichen zu können. Erst *dann* können wir viele Menschen auf diesem Weg mitnehmen. Anreize sollten in einem vertretbaren sozialen und ökologischen Rahmen möglich sein. Verteilungsgerechtigkeit meint die Abdeckung der Grundbedürfnisse *aller* Menschen. Sie ist untrennbar mit der Privateigentumsfrage verbunden. Die Eigentumsfrage und damit die Überwindung der exklusiven Verfügungsmacht über die Natur und die Arbeitskräfte scheint mir der wichtigste Hebel auf dem Weg zu sozialer Gerechtigkeit und für *wirksamen* Umwelt- und Klimaschutz. Schauen wir, was uns verbindet und nicht, was uns trennt. Wo wir uns ergänzen können, statt uns zu spalten. Wir brauchen MEHR. MEHR Mut, MEHR Selbstbewusstsein. Wir brauchen ein robustes Selbstbewusstsein. Wir, die Vielen, brauchen keine ausgewiesenen Experten zu sein. Aber wir brauchen vielleicht eine solide politische Allgemeinbildung, um die Prinzipien dieses Systems zu verstehen und dagegen Widerstand zu leisten. Auch, um der Wirkmacht einfacher Antworten des Rechtspopulismus etwas entgegen zu setzen. Wir sollten uns nicht einer vermeintlichen Ohnmacht hingeben und uns gegenseitig unterstützen. Im Leben und im Kampf für eine bessere Welt. Begegnen wir uns mit einer bedingungslosen Freundlichkeit!

„Es gibt keine Ohnmacht in der Demokratie. Die allermeisten Konzerne stammen aus Nordamerika und Europa. Bürgerinnen und Bürger dieser Staaten besitzen laut Verfassung alle demokratischen Rechte, Freiheiten und Werkzeuge, die notwendig sind, um die Diktatur der Konzerne zu stürzen. Alles, was es braucht, ist, die verfassungsmäßigen Waffen zu ergreifen [...] und schon morgen bricht die kannibalische Weltordnung zusammen.“ *Jean Ziegler*